

**Antrag** Abg. J. Becker führte aus, die weitere Beratung des Umgangs mit den RWE-Aktien solle erst im Rahmen der Haushaltsberatungen 2006 erfolgen, da aktuell kein dringender Handlungsbedarf bestehe und zudem noch Zeit zur weiteren fraktionsinternen Beratung benötigt werde. Daher beantrage er für die CDU-Kreistagsfraktion eine entsprechende Vertagung dieser Angelegenheit.

Abg. Hartmann teilte mit, für die SPD-Kreistagsfraktion seien Optionsgeschäfte keine diskutabile Alternative, da durch eine Sperrung der Aktien letztlich auch zukünftige Kreistage gebunden würden. Insgesamt weise das vorliegende Konzept zwar in die richtige Richtung, sei jedoch bei Weitem nicht ausreichend.

Kreiskämmerer Ganseuer entgegnete, mit einem Optionsgeschäft würden nicht zwingend zukünftige Kreistage gebunden, da es wahlweise auch nur für ein oder zwei Jahre abgeschlossen werden könne. Man erreiche damit jedoch eine zusätzliche Optimierung der Erträge, was selbstverständlich mit einem gewissen Risiko verbunden sei.

Im Rahmen der Abstimmung mit der Kommunalaufsicht sei die Verwaltung darüber informiert worden, dass sich das Landesinnenministerium wohl gegen Optionsgeschäfte ausspreche. Der Ministererlass liege aber noch nicht vor, so dass derzeit noch nicht beurteilt werden könne, ob das beim Rhein-Sieg-Kreis angedachte Optionsgeschäft hiervon betroffen sei.

Abg. Hartmann bat darum, den Innenministererlass auch den Kreistagsfraktionen zur Verfügung zu stellen.

Auch Abg. Finke äußerte Bedenken zu dem Modell der Optionsgeschäfte, da er hierin ein zu großes Risiko für eine Kommunalverwaltung sehe, die letztlich mit dem Geld Dritter wirtschaftete.

Der Vorsitzende ließ anschließend über den Vertagungsantrag des Abg. J. Becker abstimmen:

**B.-Nr. 71/05 Die weitere Beratung über den Umgang mit den RWE-Aktien des Rhein-Sieg-Kreises wird bis zu den Haushaltsberatungen 2006 vertagt.**

**Abst.- Einstimmig**  
**Erg.:**